



Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni



APPLAUS REICHT NICHT

JA

zur Pflege-Initiative am 28. November

Die Pflegeinitiative

Renate Rutishauser

Seit Jahren steuern wir auf einen Pflegenotstand zu. Nach erfolglosen politischen Anläufen und vergeblicher Hoffnung auf Handeln der Verantwortlichen hat sich der Pflegeberufsverband SBK 2016 dazu entschieden, eine Volksinitiative zu lancieren. Die Pflege kann den Ansprüchen der ihr anvertrauten Menschen nicht mehr gerecht werden. Die Qualität, die Sicherheit der Patient:innen, ist gefährdet. Dies zeichnet sich schon

Inhalt

Pflegeinitiative	1-3
Covid-19 Gesetz	4
Justizinitiative	5
Lancierung Transparenzinitiative	6
Green Deal Graubünden	8
Zur Immobilienstrategie des Kanton GR	10
Grossratswahlen 2022	11
Stadtentwicklung Chur	13
JUSO	14
Neue SP Sektion	
Arosa-Schanfigg	15
Letzte Seite	16



Ja zur Pflegeinitiative...

jetzt ab, droht sich aber in Zukunft noch deutlich zuzuspitzen. Viel zu viele Pflegefachpersonen verlassen emotional erschöpft ihren Beruf.

Mit der Ökonomisierung des Gesundheitswesens, die sich seit Beginn des neuen Jahrtausends abgezeichnet hatte, wurde das Personal zunehmend zum Kostenfaktor.

Die Maxime heisst nun nicht mehr in erster Linie zu pflegen, wie es am besten ist für den Menschen, der einem anvertraut ist, sondern so, wie es eine standardisierte Leistung mit möglichst tiefen Kosten vorsieht. Denn die Gesundheitsinstitutionen sollen Gewinne erwirtschaften, beispielsweise neben ihrem eigentlichen Auftrag auch

den Tourismus fördern, es werden Angebote im Bereich Sport und anderes mehr geschaffen, weil die notwendigen Mittel mit der eigentlichen Aufgabe nicht erwirtschaftet werden können. Zudem versucht man, die Kosten tief zu halten. Das grösste Sparpotenzial scheint bei den Personalkosten zu liegen. Keine Institution wird unmittelbar dafür belohnt, wenn sie auf eine professionelle Personalausstattung achtet. Und oft findet sich die Umsetzung der Stellenschlüssel nur auf dem Papier.

Im Gegensatz zur Güterproduktion kann eine empathische Leistung wie die Pflege nicht immer effizienter erbracht werden. Man kann zwar

immer schneller immer mehr Waren herstellen, aber nicht immer schneller immer mehr Menschen pflegen.

Deshalb sind die Ökonomisierung und der Wunsch, im Gesundheitswesen Gewinne zu erzielen, ein Trugschluss. Natürlich lassen sich Gewinne erzielen, sogar sehr hohe Gewinne, aber jemand bezahlt dafür. Und zwar die Gesundheitsberufe und die Patient:innen. Zugespitzt lässt sich sogar sagen: je schlechter die Pflege, desto höher der Gewinn.

Der Staat ist dafür verantwortlich, dass die Versorgung sichergestellt ist. Und insofern lässt sich die Gesund-

heit nicht mit irgendeiner anderen Branche vergleichen.

Und man darf das Gesund-

heitswesen nicht dem Markt und seinen Kräften überlassen.

Da sich der Pflegenotstand schon seit langem in unsere Institutionen eingeschlichen hat, also nicht mehr genügend qualifiziertes Personal gefunden werden kann, sehen sich diese genötigt, tiefer qualifizierte Mitarbeitende einzustellen, die dann Aufgaben übernehmen, für die sie eigentlich nicht ausgebildet sind. Dies hat aber Folgen für die Patient:innen und wirkt sich indirekt auch auf die Kosten aus.

Studien belegen, dass die Investition in eine hohe Pflegequalität nicht Kosten verursacht, sondern im Gegenteil Kosten einspart: 243 Todesfälle



Renate Rutishauser,
Grossrätin & Präsidentin
SBK Graubünden, Tomils

**Personalmangel im Spital
gefährdet Ihre Gesundheit!**

...am 28. November!



könnten vermieden und die Kosten um etwa 357 Millionen Franken im Jahr gesenkt werden.

Fehlen die Pflegefachpersonen mit ihrem professionellen Handeln, so entstehen hohe Folgekosten und vor allem vermeidbares Leid für die Betroffenen. Umso mehr natürlich, wenn die Zeit nicht mehr reicht, um notwendige Massnahmen durchzuführen, und die Fehlerquote aufgrund der hohen Belastung steigt.

Fakten

- 11 000 Stellen in der Pflege sind schweizweit unbesetzt
- Im Schweizer Durchschnitt werden nur 43% des Bedarfs an Pflegefachpersonen ausgebildet, in Graubünden sind es sogar mickrige 17%. 2020 haben 76 Personen ihr Studium am BGS begonnen, 2021 waren es nur noch 60. Dies entspräche einer Bedarfsdeckung von ca. 12%.
- Über die Hälfte aller Pflegenden verlässt den Beruf, ein Drittel davon vor dem 35. Lebensjahr.
- Wir werden immer älter, leiden dann aber häufig an komplexen Erkrankungen. Die Notwendigkeit von professioneller Pflege nimmt zu.
- Graubünden ist noch stärker von ausländischen Mitarbeitenden, darunter viele Pendler:innen abhängig, als der Grossteil der Schweiz.

Was verlangt die Initiative?

- Höhere Löhne im Studium zur Pflegefachperson, damit mehr Personen die Ausbildung absolvieren.
- Bessere Arbeitsbedingungen, wes-

halb in erster Linie der Stellenschlüssel angepasst werden muss. Mehr Pflegefachpersonen sollen jeweils im Einsatz stehen, wodurch auch der Dienstplan verlässlicher würde. Die Mitarbeitenden sollen kompetenzgerecht eingesetzt werden, also nicht Aufgaben übernehmen müssen, die nicht ihrer Ausbildung entsprechen.

- Die Pflege soll angemessen abgesehen und in den Gesundheitskosten abgebildet werden, die Löhne anforderungsgerecht sein. Die Institutionen würden von höheren Tarifen profitieren.
- Die in eigener Kompetenz erbrachten Leistungen sollen selbst mit den Krankenkassen abgerechnet werden können.

Was können wir vom indirekten Gegenvorschlag, der bei einer Ablehnung der Initiative in Kraft tritt, erwarten?

- Höhere Löhne während der Ausbildung im Bedarfsfall. Befristet auf acht Jahre.
- Eigenständige Abrechnung analog Initiative.

Dieser genügt aufgrund obiger Ausführungen keineswegs!

Was könnt Ihr tun? Werbt in eurem Umfeld für die Initiative, meldet Euch als Unterstützer:innen beim SBK www.sbk-gr.ch oder via Mail: info@sbk-gr.ch.

Alle Infos: www.pflegeinitiative.ch. Weitere Fragen beantworte ich gern via Mail oder telefonisch: Renate Rutishauser 076 509 24 22.



JA zur Änderung des Covid-19 Gesetzes am 28. November 2021

Es braucht erneut ein JA

Sandra Locher

Falls Sie beim Lesen dieses Titels ein «deja vu» haben, dann erinnern Sie sich an die Volksabstimmung vom 13. Juni dieses Jahres. An diesem Tag wurde das Covid-19-Gesetz mit 60 Prozent angenommen. Doch weil gegen die Gesetzesänderungen vom 19. März wiederum ein Referendum ergriffen wurde, wird nun Ende November erneut darüber abgestimmt.

Argumente Referendumskomitee

Das Referendum wurde wiederum vom Netzwerk Impfentscheid, dem Aktionsbündnis Urkantone und dem Verein «Freunde der Verfassung» lanciert. Für das Komitee ist die Gesetzesänderung vom März 2021 unnötig und extrem. Zum Schutz vor Covid oder anderen Krankheiten genügen ihres Erachtens die bestehenden Gesetze. Nach Ansicht der Komitees führt die Gesetzesänderung auch zu einer Spaltung der Schweiz und zu einer massiven Überwachung von allen. Weshalb brauchte es erneut ein JA. Es ist wichtig, nochmals zu betonen, dass das Covid-19-Gesetz nicht nur den Gesundheitsbereich regelt, sondern auch konkrete Instrumente in verschiedenen Bereichen wie den Sozialversicherungen, der Kultur, im Sport und in der Wirtschaft beinhaltet. Deshalb ist es wesentlich, dass das Covid-19-Gesetz angenommen wird, damit die bisherigen Massnahmen

und Unterstützungen fortgesetzt werden können. Das Gesetz bleibt ein grundlegendes Instrument, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise abzufedern.

Wie bei der letzten Referendumsabstimmung vom Juni 2021 wird das Gesetz nicht der aktuell gültigen Version entsprechen. Das Parlament hat den Gesetzestext im Juni ein weiteres Mal abgeändert. Die jüngsten Änderungen betreffen namentlich die Verlängerung der Erwerbsersatzschädigungen und Massnahmen im Sportbereich.

Was geschieht bei einer Ablehnung?

Die Abstimmung von Ende November 2021 bezieht sich nur auf die Gesetzesanpassungen vom 19. März 2021. Die restlichen Bestimmungen des Gesetzes bleiben unabhängig vom Ausgang der Abstimmung in Kraft. Werden diese Änderungen von der Stimmbevölkerung abgelehnt, treten diese ein Jahr später ausser Kraft, also am 19. März 2022. Dies beträfe zum Beispiel die zusätzlichen Taggelder für arbeitslose Personen, die Ausweitung der Kurzarbeitsentschädigung, oder die Entschädigung von Veranstaltern. Es könnten keine Covid-Zertifikate mehr ausgestellt werden, auch nicht für Auslandsreisen und -aufenthalte. Zudem wären die Programme zur Förderung wichtiger medizinischer Güter nicht mehr möglich.



Sandra Locher Benguerel,
Nationalrätin SP, Chur.

Nein zur Justizinitiative am 28. November 2021



Julia Müller,
Vizepräsidentin SP Graubünden, Felsberg.

Das heutige Wahlsystem hat sich bewährt

Julia Müller

Ein von Parteien unabhängiges Komitee reichte im Jahr 2019 die Justizinitiative ein. Die Initiative will, dass Bundesrichter*innen neu in einem Losverfahren gewählt werden. Eine vom Bundesrat eingesetzte Fachkommission würde die Kandidat*innen vorprüfen und entscheiden wer zum Losverfahren zugelassen wird.

Als problematisch am aktuellen Wahlverfahren sehen die Initiant*innen die Abhängigkeit der Richter*innen von den politischen Parteien. Sie sind der Meinung, dass heute nicht die bestmöglichen Jurist*innen ans Bundesgericht gewählt werden. Ausserdem sei die Wiederwahl abzuschaffen, damit sich Bundesrichter*innen nicht aus Angst vor einer Nichtwiederwahl in ihrer Rechtsprechung unter Druck gesetzt fühlen.

Zusammengefasst wollen die Initiant*innen unabhängige sowie fachlich und persönlich fähige Personen am Bundesgericht sehen. Im Grundsatz gibt es nichts an dieser Zielsetzung auszurichten.

Warum also werde ich mich gleich gegen die Initiative aussprechen?

Die Idee ist lobenswert und in einzelnen Punkten ist die Kritik berechtigt. Insbesondere über die Wiederwahl könnte im Sinne der Unabhängigkeit des Gerichtes diskutiert werden. In der Realität verfehlt die Initiative jedoch die erwünschte Wirkung. Das

Risiko, dass sich mit Annahme der Initiative mehr Probleme ergeben, als es mit dem heutigen System gibt, ist sehr gross.

Wichtig ist zu erkennen, dass das Recht hochpolitisch ist und nie unabhängig von gesellschaftlichen Realitäten entsteht und ausgelegt wird – das Recht lässt viel Spielraum, der von Richter*innen ausgefüllt werden muss. Daher ist es wichtig, dass Bundesrichter*innen offenlegen, welchen politischen Grundwerten sie folgen. Die Angabe der Parteimitgliedschaft stellt unter diesen Voraussetzungen die bestmögliche Transparenz her. Ausserdem ist die Bundesversammlung, welche heute das Bundesgericht wählt, demokratisch legitimiert, wodurch es auch die Gerichtspersonen sind. Das heutige Wahlsystem hat sich bewährt und schafft die wichtige Möglichkeit, das Geschlechterverhältnis und die Vertretung der Sprachregionen zu beachten. Ein weiteres Defizit der Initiative ist der Bruch mit der Gewaltentrennung. Dadurch, dass die Fachkommission, welche die Kandidierenden gemäss Initiative vorprüfen soll, von der Exekutive gewählt werden, fehlt die Kontrolle der Legislative. Das Bundesgericht muss die Arbeit der Exekutive überprüfen und darf daher nicht von derselben gewählt werden. Nicht als Argument aber als Information: alle Parteien im Bundeshaus lehnen die Initiative ab. Trotz guten Argumenten der Befürworter*innen bitte ich euch, diese Initiative abzulehnen.



Lancierung Transparenzinitiative

Transparenz ist ein Herzstück unserer Demokratie

Rosalina Müller

«Stopp JUSO», «NEIN zum linken CO₂-Gesetz», «Fremdbestimmung NEIN», «NEIN zum Energiegesetz». Wir sehen sie, wenn wir auf den Zug warten, wenn wir mit dem Auto einkaufen gehen oder einfach nur die Zeitung aufschlagen, um uns über das aktuellste Geschehen zu informieren. Es sind die Werbekampagnen der Bürgerlichen und Reichen in Zeiten der Abstimmungs- und Wahlkampfphasen. Besonders die Plakate und Inserate zur Abstimmung über die 99% Initiative sind eingefahren. Wir können uns bestimmt alle bestens an das «STOPP JUSO» - Plakat und die Eis-Faust erinnern. Nicht nur die JUSO muss sich regelmässig über gigantische Gegenkampagnen ärgern, sondern die meisten linken und fortschrittlichen Anliegen.

Um zu verdeutlichen, mit welchen Geldbeträgen unsere Gegner*innen gegen uns Stimmung machen, hier ein Beispiel: Möchte man für 3 Wochen APG-Werbeplakate an verschiedenen Standorten in Chur aufhängen, kostet dies circa 25000 Franken. Oder möchte man in der Bündner Ausgabe der Südostschweiz ein einziges Inserat platzieren, kostet es schnell 1000 Franken. Wir als JUSO können uns das ganz sicher nicht leisten und auch die SP muss ihr Budget genau anschauen, um genug

Mittel für die passenden Werbungen zu finden. Einige Wochen vor den Abstimmungssonntagen schiessen diese Plakate und Inserate wie Pilze aus dem Boden und jedes einzelne Mal fragen wir uns: Wie können sich die Bürgerlichen das leisten? Und noch die wichtigere Frage: Ist unsere Demokratie nicht massiv in Gefahr, wenn Interessensgruppen sich die Zustimmung der Bevölkerung durch Geld erkaufen können?

Mit Enttäuschung sehen wir dann, dass ihre Strategie bestens funktioniert, wie die Menschen den Lügen und falschen Argumenten unserer Gegner*innen folgen. Das passiert nicht, weil die Bürgerlichen die besseren Argumente haben als wir – im Gegenteil – weil sie ihre Scheinargumente mit riesigen Plakaten und Anzeigen in den Köpfen der Menschen einbrennen können. Bei fast jeder Abstimmung, bei der das Grosskapital nicht auf unserer Seite steht, müssen wir gegen inhaltslose Angriffe aus Gold kämpfen. Habt ihr euch auch schon lange gefragt, wie sich die FDP, SVP oder die Economiesuisse diese teuren Werbungen und Plakatkampagnen leisten können? Die JUSO Graubünden schon. Wir wollen wissen, wie sie sich solche Kampagnen leisten können! Und wir finden es ist das Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers zu wissen, wer seine Interessen mit welchen Mitteln durchsetzen kann. Uns allen ist bewusst, dass man mit mehr Aufmerksamkeit auch mehr Zustimmung gewinnen kann. Jegliche



Rosalina Müller
Co-Präsidentin JUSO
Graubünden, Felsberg.



Werbung in der Privatwirtschaft fusst auf diesem Prinzip. Je mehr wir ein Produkt, ein Slogan, ein Logo oder eine Botschaft sehen, desto eher steigen die Chancen, dass wir uns damit anfreunden.

Transparenz ist ein Herzstück unserer Demokratie. Insbesondere Transparenz bezüglich der Finanzen. Wir wollen ja auch wissen was mit unseren Steuergeldern passiert, wohin unsere Mitgliederbeiträge fliessen oder ob sich Pierre Maudet von den Vereinigten Arabischen Emiraten kaufen lässt oder ob sogar der Österreichische Bundeskanzler korrupt ist. Klar, bei der Kampagnenfinanzierung geht es nicht direkt um Korruption und doch ist uns bewusst, dass Geld Macht bedeutet. Die JUSO ist entschlossen der Meinung, dass niemand die Mittel haben sollte, um sich die Zustimmung der Bevölkerung zu kaufen. Nun gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt in diese Richtung und verlangen die Offenlegung der Finanzen bei Parteien und Organisationen, die sich an politischen Kampagnen beteiligen.

Konkret möchte die JUSO Graubünden Transparenz in der Politikfinanzierung schaffen und lanciert deshalb die Transparenzinitiative. Sie fordert, dass alle Parteien, politischen Organisationen und Akteur*innen, die sich an Wahl- oder Abstimmungskampagnen beteiligen und mehr als 10000 Franken dafür aufwenden, ihre Finanzen offenlegen müssen. Das Budget sowie die Namen von natürli-

chen und juristischen Personen, die über in einem Jahr mehr als 3000 Franken spenden, müssen für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Sollte dieses Gesetz umgangen werden, muss eine Busse von 20000 Franken bezahlt werden.

Diese Idee ist nicht neu. Bereits die SP Schweiz hat Transparenz in der Schweizer Politiklandschaft gefordert. In Schaffhausen, Glarus und Fribourg konnten die JUSO-Sektionen die Menschen von den Transparenzinitiativen überzeugen. Sie wurden vom Volk angenommen. Jetzt ist Graubünden an der Reihe. Transparenz würde der Bündner Politik guttun. In den letzten Jahren hat das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen und in die Politik stark gelitten. Wir fordern nun alle auf, einen wichtigen Schritt Richtung mehr Demokratie zu gehen.



Klimaschutz Graubünden

Green Deal: Erste Hürde genommen

Philipp Wilhelm

Mehr Pioniergeist beim Klimaschutz. Das haben wir vor den Wahlen im Juni 2018 versprochen. Im Februar 2019 reichte ich zusammen mit über 80 Mitunterzeichnenden im Grossen Rat den Auftrag für einen Green Deal in Graubünden ein, der dann an der Landsession in Pontresina vom Juni 2019 mit 103 Stimmen gegen erfolglosen Widerstand der SVP deutlich überwiesen wurde. Damals gab es durchaus viel bürgerliches «Wenn und Aber». Bei der Ausarbeitung des konkreten Projekts konnten Regierung und Verwaltung auf Klimabericht, Klimastrategie und Klimasekretariat aus der Ära Martin Jäger aufbauen – und natürlich auf eine starke Stimme der Jugend auf der Strasse zählen.

Ziel des Auftrags war ein umfassender Aktionsplan mit konkreten und wirksamen Massnahmen zum Klimaschutz in Graubünden. Und die Prämisse lautete, dass Klimaschutz nicht nur das Wahrnehmen von gemeinsamer Verantwortung für unsere Lebensgrundlagen bedeutet, sondern auch Chancen und Perspektiven bringt, indem wir das Heft im Energiebereich selber in die Hand nehmen und Wertschöpfung bei uns behalten. Das Potenzial ist gross: 400 Millionen Franken für Öl, Gas, Treibstoffe und Kohle fliessen heute jedes Jahr aus unserem Kanton!

An der Oktobersession debattierte der Grosse Rat nun über erste konkrete Schritte und eine Skizze für den gesamten Aktionsplan Green Deal für Graubünden (AGD-GR). Dieser ist in der Stossrichtung eindrücklich fortschrittlich: Er sieht ein Budget für Treibhausgasemissionen vor, wird Zwischenziele definieren und legt konkrete Massnahmen zum Klimaschutz in den relevanten Sektoren vor: Ökologischer Umbau des Gebäudeparks, Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie fossilfreier Antriebssysteme im Verkehr, Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion mit Fokus auf Winterstrom, aber auch Massnahmen in Industrie und Landwirtschaft sowie zur Förderung von Suffizienz, Recycling und lokalen Stoffkreisläufen sind in den insgesamt 27 Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen zu finden. Zur Finanzierung wird der Bündner Klimafonds gebildet. Die Kosten: 1.7 Milliarden Franken verteilt über 29 Jahre. Zum ersten Mal sehen wir ihn plastisch: Den Weg zum Ziel Netto Null in Graubünden.

Der AGD hat Etappen. Es gibt Sofortmassnahmen, welche auf bestehenden gesetzlichen Grundlagen umsetzbar und darum ohne zeitliche Verzögerung an die Hand genommen werden. Für diese erste Etappe hat der Grosse Rat im Oktober grünes Licht gegeben und erste 67 Millionen Franken für die Förderung erneuerbarer Energien und den öffentlichen Verkehr freigegeben. Widerstand kam übrigens erneut von der SVP. Erneut bleib sie erfolglos.



Philipp Wilhelm, Grossrat und Landammann, Davos.



Es galt aber in der Oktobersession nicht nur, diese erste Hürde des Green Deals zu meistern, sondern auch die Weichen für die Folgeetappen richtig zu stellen. Hier stellte die SP den Antrag, dass neben dem Szenario des Pariser Klimaabkommens (Netto Null bis 2050) auch ein Szenario Netto Null bis 2040 erarbeitet werden soll. Leider blieben wir mit dieser eigentlich selbstverständlichen Forderung allein.

Uns ist klar, dass wir als Kanton in der reichen Schweiz mehr Verantwortung übernehmen müssen. Einerseits, weil wir vom Klimawandel besonders betroffen sind und andererseits, weil wir beste Voraussetzungen haben, um als Sonnenenergie- und Wasserkraftkanton einen schnellen und effektiven Weg einzuschlagen. Immerhin: Die Angriffe von FDP und SVP auf das Treibhausgasbudget, die Zwischenziele und den Bündner Klimafonds konnten allesamt erfolgreich abgewendet werden und so konnte das Gesamtpaket auf Kurs behalten werden.

Einig waren wir uns im Rat in einer Frage: Der Green Deal soll nicht mit Steuererhöhungen finanziert werden. Stattdessen sollen die Mittel aus dem Eigenkapital und allgemeinen Staatsmitteln des Kantons stammen. Graubünden kann sich das leisten. Letztlich sind es auch Investitionen in unsere Wirtschaft. Der geschätzte Wertschöpfungseffekt des AGD liegt bei über 1 Milliarde Franken respek-

tive bei einem Beschäftigungseffekt von 13000 Vollzeitstellen! Investitionen also in Zukunft, in Chancen, in Perspektiven.

Mit dem Anstoss zum Aktionsplan Green Deal für Graubünden im Grossen Rat konnten wir einen entscheidenden Grundstein für ein zukunftsweisendes Gemeinschaftsprojekt legen und Klimaschutz mit Wirtschaftspolitik verbinden. Das hat auch im interkantonalen und internationalen Vergleich Pioniercharakter. Darauf können wir stolz sein.

Die Arbeit aber geht uns nicht aus. Der Weg stimmt, aber das Tempo muss im kommenden Jahrzehnt erhöht werden. Im Jahr 2023 bereits wird die zweite Etappe im Grossen Rat diskutiert. Gesetze müssen angepasst und grosse Finanzmittel definitiv gesprochen werden. Spannende und herausfordernde Debatten stehen an. Geführt werden sie in einem neuen Parlament – erstmals im Proporz gewählt und hoffentlich mit einer wesentlich grösseren und ebenso motivierten SP-Fraktion wie heute.

Also, wer es sich immer noch überlegt: Gib dir jetzt den Ruck und kandidiere auf der SP-Liste. Denn zusammen können wir Bündner Berge versetzen.

Alle Infos zum Green Deal:
<https://klimawandel.gr.ch/de/green-deal>



Funktioniert die Immobilienstrategie des Kantons?

Beatrice Baselgia

Vor gut zehn Jahren informierte die Regierung den Grossen Rat zur Immobilienstrategie des Kantons. Das Ziel war die Realisierung von neun Regionalen Verwaltungszentren und des grossen Verwaltungszentrums «Sinergia» in der Stadt Chur. Mit Ausnahme des kleinsten Zentrums in Poschiavo (15 Mitarbeitende) und des grössten Regionalzentrums in Samedan (120 Mitarbeitende) konnte die Strategie in den Regionen umgesetzt werden. Beim Verwaltungszentrum «Sinergia» in Chur wurde die erste Etappe erst mit vierjähriger Verspätung im Jahr 2020 in Betrieb genommen. Die für das Jahr 2021 vorgesehene Realisierung der zweiten Etappe steht noch in den Sternen. Die konkrete Planung, die Behandlung im Grossen Rat und die Volksabstimmung sind noch nicht einmal terminiert.

Bereits vor 10 Jahren hat man in Graubünden auch schon die Zusammenlegung des Kantons- und des Verwaltungsgerichts zu einem Obergericht ins Auge gefasst und diese Absicht wurde mit der Überweisung des Auftrags der «Kommission für Justiz und Sicherheit» durch den Grossen Rat im April 2021 untermauert. Für dieses künftige Obergericht ist das «alte Staatsgebäude», in welchem aktuell das kantonale Tiefbauamt untergebracht ist, vorgesehen. Deshalb braucht das Tiefbauamt eine vorübergehende Bleibe bis zur allfälligen Realisierung der zweiten Etappe von «Sinergia».

Fündig wurde die Regierung in unterdessen leerstehenden, kantonalen Gebäuden an der Loestrasse. So weit so gut – hätte die Regierung nicht vor knapp einem Jahr genau für diese Liegenschaften einen Investorenwettbewerb lanciert, einen Sieger erkoren und den Wettbewerb dann sistieren müssen, weil «plötzlich» Eigenbedarf vorhanden war. Die Sistierung des Investorenwettbewerbs hat von Seiten der «Immobilienlobby» zu Wellen im Grossen Rat geführt und zur Forderung die kantonale Immobilienstrategie zu erklären. Das hat die Regierung mit dem Bericht und der Diskussion in der Oktobersession des Grossen Rates getan. Wichtig ist, dass sich die Regierung den Interessen des Kantons und nicht jenen der Immobilienbranche verpflichtet fühlt. Gut ist, dass die Regierung das vieldiskutierte Areal Loestrasse nicht, wie vor zehn Jahren geplant, verkaufen sondern im Baurecht abgeben will. Das ist eine nicht unwesentliche Kurskorrektur im positiven Sinne. Trotzdem: Der Kanton muss eigene Liegenschaften grundsätzlich als strategische Reserven zur Erfüllung künftiger kantonalen Aufgaben behalten resp. wenn sinnvoller, gegen Realersatz abtauschen! Der Kanton sollte nicht selber genutzte Liegenschaften für die jeweilige Standortgemeinde oder gemeinnützige Organisationen nutzbar machen, anstatt sie in einem Investorenwettbewerb zu vergeben! Der Kanton braucht eine umfassende Immobilienstrategie – er braucht noch grössere Weitsicht!



Beatrice Baselgia,
Grossrätin, Domat/Ems.

Gemeinsame Liste



Andri Perl, Präsident SP Graubünden.

Wahlen 2022 – grün, sozial, fortschrittlich

Andri Perl

Im Frühling haben wir den historischen Sieg für ein neues Wahlsystem errungen. An unserem Parteitag im September haben wir einstimmig beschlossen, mit den Grünen eine gemeinsame Liste für die Grossratswahlen 2022 zu bilden. Wie geht es nun weiter?

Die Ausgangslage für die Grossratswahlen 2022 ist so wie sie sich uns zuvor noch nie präsentiert hat. Das neue Wahlsystem ist ein Doppelporz. Das heisst, dass sowohl die Wahlkreise nach Schweizer Wohnbevölkerung als auch die Parteienstärke proportional im Parlament abgebildet werden. Im historischen Bündner Kompromiss behalten wir die bisherigen 39 Wahlkreise, neu wird aber jede abgegebene Stimme für das kantonale Resultat gewertet. Keine Stimme geht verloren.

Das bedingt aber, dass wir in allen 39 Kreisen insgesamt 120 Kandidierende stellen müssen, wenn wir unser volles Potenzial ausschöpfen wollen. Deshalb und vor allem weil es gesamtkantonale eine Hürde von drei Prozent zu nehmen gilt, haben wir am Parteitag im September die gemeinsame Liste mit den Grünen beschlossen.

Sektionen bleiben zentral

Wie kommen wir zu unseren Kandidis? Seit dem Frühjahr unterstützt unser

Recruiter Sascha Müller die SP-Sektionen darin, gute Leute für die Wahlen zu finden. Ausserdem stellt er den Kontakt zu grünen Kandidierenden her. Die Sektionen bestimmen wer in ihren Wahlkreisen antritt, sie nominieren die grünen Kandidierenden mit. Bei Unstimmigkeiten vermittelt eine Koordinationsgruppe bestehend aus Anita Mazzetta, Kaspar Schuler (beide von der Verda), Andri Perl und Julia Müller (für die SP). Bis anhin klappt diese Koordination und die Integration der grünen Kandidis sehr gut.

Kantonaler Nominationsparteitag

Am Samstag, 27. November, wollen wir schliesslich die in den Sektionen vornominierten Kandidatinnen noch alle gemeinsam auf kantonaler Ebene nominieren. Dafür organisieren wir einen feierlichen Parteitag im Marsoel in Chur. Dabei geht es nicht darum, dass wir auf kantonaler Ebene noch etwas an den Nominierungen aus den Sektionen ändern, sondern dass wir uns auf einen gemeinsamen Wahlkampf einschwören. Und natürlich nominieren wir auch unseren mehr als bewährten Regierungsrat Peter Peyer wieder. Er setzt sich weiter für ein gutes Gesundheitswesen, umsichtiges Krisenmanagement und echten Fortschritt für Graubünden ein. Den Parteitag beschliessen wir mit einem gemeinsamen Abendessen und einer gemütlichen Feier – wir freuen uns auf eure Teilnahme!



Die SP Graubünden besetzt per 1. Januar 2022 für 12 Monate ein

PRAKTIKUM (20%)

Du interessierst dich für das politische Handwerk und möchtest Erfahrungen in diesem Bereich sammeln? Du suchst nach einer Gelegenheit, dich in einem professionellen Umfeld für deine sozialdemokratischen Überzeugungen einzusetzen?

In diesem vielfältigen Praktikum arbeitest Du in den Bereichen Kommunikation (Social Media, Website), Organisation von parteiinternen Anlässen, Versand (Mitgliederbriefe und Concret), gelegentliche Teilnahme an Sitzungen (inkl. Verfassen des Protokolls). Weiter stehst du in engem Kontakt mit dem Präsidium und übernimmst allfällige weitere Aufgaben.

Was du idealerweise bereits mitbringst:

- Du hast erste Erfahrungen und/oder Interesse an einigen der Schwerpunktbereiche des Praktikums.
- Du hast sehr gute Deutschkenntnisse und idealerweise gute Kenntnisse einer zweiten Kantonsprache.
- Du hast Freude am Kontakt mit Menschen und der Arbeit im Team.

Was du bei uns so machst (einige Beispiele, jeweils mit Unterstützung von anderen Mitarbeiter*innen):

- Du verfasst regelmässig Social-Media-Posts und verbreitest diese auf den Kanälen der SP Graubünden.
- Du stellst Inhalte auf die Website oder bearbeitest bereits bestehende.
- Du unterstützt die Parteisekretärin bei der Organisation des Parteitags (Einladungen verfassen und versenden, Ort und Verpflegung organisieren, Parteitagshft zusammenstellen).
- Du nimmst freiwillig an Sitzungen des Präsidiums, der Geschäftsleitung und des Parteivorstands teil und darfst dich aktiv einbringen (gelegentlich Verfassen des Protokolls).

Was wir dir anbieten können:

Die Praktikumsentschädigung beträgt bei einer Anstellung von 20 Prozent 500 Franken brutto pro Monat. Zusätzlich erwarten Dich:

- einmalige Einblicke in die vielfältige Arbeit einer Kantonalpartei;
- eine angemessene Betreuung während des Praktikums;
- ein Workshop im Bereich Kommunikation;
- eine herausfordernde und spannende Tätigkeit;
- ein angenehmes Arbeitsklima in einem motivierten und aktiven Team.

Die SP Schweiz setzt sich ein für soziale Gerechtigkeit und die Teilhabe aller Menschen in einer vielfältigen Schweiz. Wir fördern die Repräsentation unterschiedlicher Kompetenzen und Potenziale. Diskriminierung tolerieren wir nicht.

Weitere Auskünfte erteilt Nora Kaiser (info@sp-gr.ch), Partei- und Fraktionssekretärin. Schicke Deine Bewerbung mit einem kurzen Motivationsschreiben, einem Lebenslauf sowie weiteren nützlichen Beilagen bis am 19. November elektronisch (in Form eines PDF-Dokuments) an info@sp-gr.ch.

Stadtenwicklungs- konzept Chur 2050



Barbara Rimml,
Vorstand SP Chur.

Eine lebenswerte und grüne Stadt für alle

Barbara Rimml

Wie soll sich Chur in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Die SP engagiert sich für eine architektonisch und städtebaulich qualitative, partizipative und ökologische Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnraum.

Gute Ansätze, aber vage Massnahmen, das Fehlen wichtiger Themen und keine echte Partizipation. So die Kritik am Entwurf des Stadtentwicklungskonzepts (STEK) Chur 2050, das diesen Sommer zur Mitwirkung auflag. Eine breite Allianz aus Organisationen, Verbänden, Fachleuten und Parteien hat sich im Netzwerk «Chur mitgestalten» dazu ausgetauscht und eine deutliche Nachbesserung gefordert. Auch die SP Chur hat Vorschläge und Konkretisierungen erarbeitet.

Wer entwickelt die Stadt?

Stadtentwicklung darf nicht einfach privaten Investoren überlassen werden. Deshalb schlagen wir ein ganzes Paket von Massnahmen vor, um eine hohe städtebauliche Qualität und den Einbezug der Bevölkerung zu erreichen: Die Schaffung einer ständigen Kommission mit unabhängigen Fachleuten (wie Architekt*innen, Umwelt-, Klima-, Verkehr- und Mobilitätsfachleute) und den Beizug von Interessensvertretungen und Fachverbänden. Bei konkreten Projekten sollen die betroffene Anwohnerschaft und vor Ort ansässige Institutionen

(z.B. Schulen, Quartiervereine) vorgängig befragt werden. Und statt die Entwicklung von Stadtteilen direkt an die grossen ansässigen Architekturbüros zu vergeben, sollen dafür öffentliche Architekturwettbewerbe ausgeschrieben werden.

Wie soll sich Chur entwickeln?

Das STEK erwähnt das Problem des teuren Wohnraums, aber ohne konkrete Handlungsansätze. Hier braucht es konkrete Ziele und eine aktive Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Weiter fordern wir eine ganzheitliche ökologische Strategie – Landschaftsgestaltung, Biodiversität und Massnahmen gegen den Klimawandel – welche in allen Entscheidungen der Stadtentwicklung berücksichtigt wird. Bezüglich Mobilität einen Verzicht auf zusätzliche Autobahnanschlüsse, Tempo 30 im ganzen Stadtgebiet und konkrete Massnahmen zur Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs. Der öffentliche Raum ist hindernisfrei und sicher zu gestalten und Vorgaben betreffend Städtebau, Ökologie, CO₂-neutralem Bauen und Verdichtung sollen auch für gewerbliche Zonen gemacht werden. Apropos Verdichtung: Diese soll differenziert angegangen und wo sinnvoll und städtebaulich angebracht, auch durch Aufzonungen realisiert werden, damit Grünflächen erhalten bleiben. Ausserdem braucht es Massnahmen, um den Gartenmangel zu beheben. Chur soll eine lebenswerte und grüne Stadt für alle sein.



JUSO

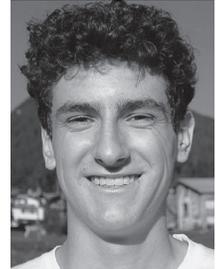
Was uns die Demokratie kostet und warum wir trotzdem bezahlen sollten

Maurus Müller

Demokratie kann ohne Zweifel als eine der grössten Errungenschaften der Menschheit betrachtet werden. Der Fakt, dass jede Person direkten Einfluss auf den Staat nehmen kann, definiert unsere Gesellschaft enorm. Doch was opfern wir für die Demokratie?

Die Demokratie ist das wohl langsamste politische System der Welt. Wir betreiben einen enormen Aufwand, um die ganze Gesellschaft am Regierungsprozess zu beteiligen und das ohne das Wissen, dass die Mehrheit auch die richtige Entscheidung trifft. Diese negativen Aspekte, kombiniert mit dem Scheitern jeglicher Demokratien bei der Klimafrage geben einem zu denken. Ist unsere Staatsform fähig, mit den heutigen Problemen fertig zu werden? Denn selbst wenn schnelle Lösungen gefordert sind, steht sich unser Bundesrat früher oder später auf die eigenen Füsse, wie wir bei der zweiten Coronawelle gesehen haben. Kaum werden alle einbezogen, geht die Suche los. Die Suche nach dem guten Schweizerischen Kompromiss, eines der wichtigsten Merkmale der Schweizer Demokratie. Und diese Suche braucht Zeit. Die Ergebnisse sind aus sozialistischer Sicht allzu oft enttäuschend. Warum also müssen wir unbedingt an diesem System festhalten? Theo-

retisch ist diese Frage enorm einfach zu beantworten. Wenn wir den Kapitalismus überwinden und eine «Diktatur der Arbeiter*innen» errichten wollen, gibt es keine Alternative zur Basisdemokratie. Denn solange wir einen Staat besitzen, ist die Basisdemokratie die einzige sozialistische Variante, denn nur wenn jeder gleich viel Macht besitzt, kann Gleichheit herrschen. Doch genau diese Gleichheit macht die Demokratie langsam und ineffizient, aber weder die zusätzliche Zeit, noch der zusätzliche Aufwand, steht einer Lösung für die heutigen Probleme im Weg. Denn die Demokratie ist nicht die Ursache unserer Probleme. Die Demokratie stösst kein CO₂ aus, sie verursacht keine Kriege, sie sollte nicht diskriminieren, etc... Die Ursachen unserer Probleme liegen nicht in der Demokratie, sie liegen nicht in der Gleichheit. Die Ursachen unserer Probleme liegen in der Ungleichheit, in der Ausbeutung, in der Diskriminierung. Den Preis, den wir für die Demokratie bezahlen, die Ineffizienz, ist ein enorm kleiner Preis, wenn wir ihn damit vergleichen, was uns die Demokratie gibt. Denn jede Ungleichheit mehr, die wir erschaffen, wird uns nicht helfen, unsere Probleme zu lösen. Jede Ungleichheit mehr wird nur neue Probleme verursachen.



Maurus Müller,
Vorstand JUSO
Graubünden.



v.l.n.r.: Martin Walkmeister, Tom Buxhofer, Emilia Kühne, Martin Steimle, Tomm Gadient, Corina Stefan, Angela Buxhofer.

Gründung der SP Arosa-Schanfigg

Seit dem 15. September 2021 ist die SP Graubünden um eine Sektion reicher: Die SP Arosa-Schanfigg. Die Sektion startet mit 9 Mitgliedern. Das Co-Präsidium übernehmen Martin Steimle sowie Tomm Gadient. Zudem nominiert die neue Sektion sogleich Emilia Kühne und Livia Künzi für die nächsten Grossratswahlen. Bis anhin waren die SP-Mitglieder aus Arosa der Churer Sektion angeschlossen. Die neue Arosener Sektion möchte nun auch auf kommunaler Ebene Einfluss auf die Politik nehmen. Das Co-Präsidium übernehmen dabei Martin Steimle und Tomm Gadient. Weitere Mitglieder des Vorstands sind Tom Buxhofer, Corina Stefan und Emilia Kühne. Ziel der Gründung der Sektion ist es, dass nicht nur die bürgerlichen Parteien in Arosa und

in den Talortschaften vertreten sind, sondern dass auch die sozialdemokratischen Werte mehr zum Tragen kommen. Dabei sollen konkret die Schaffung von günstigem Wohnraum für Einheimische und der nachhaltige Umgang mit Natur und Umwelt Schwerpunkte sein.

Grossratswahlen 2022

Die neu gegründete Sektion SP Arosa-Schanfigg nominiert sogleich Emilia Kühne für die nächsten Grossratswahlen. Die 21-Jährige ist in Arosa aufgewachsen und hat ihre kaufmännische Ausbildung ebenfalls dort absolviert. Ausserdem nominiert die SP Arosa-Schanfigg für den zweiten Platz auf ihrer Grossratsliste die in Arosa wohnhafte Livia Künzi, die im Vorstand der kantonalen Verda tätig ist.

Parolen der SP Graubünden zu den Abstimmungen vom 28. November 2021 (gefasst durch den Parteivorstand am 6. Oktober). Keine kantonalen Vorlagen.

Änderungen vom 19. März 2021 des Covid-19-Gesetzes: **JA/GEA/Sì**

Pflegeinitiative: **JA/GEA/Sì**

Justiz-Initiative: **NEIN/NA/NO**

Vorankündigung:

Nominationsparteitag 27.11

Am Samstag, 27. November findet im Hotel Marsoel in Chur ab voraussichtlich 15 Uhr der Nominationsparteitag der SP Graubünden statt. Wir wollen die Kandidierenden für den Grossen Rat sowie unseren Regierungsrat Peter Peyer gemeinsam feiern und den Wahlkampf 2022 einläuten. Die Einladung folgt in Kürze – wir freuen uns auf eure Teilnahme!

Abo-Beitrag 2021

Um das concret weiterhin erhalten zu können, sind wir auf euren Abo-Beitrag angewiesen. Die Redaktion zählt auf die Leser:innen und sagt bereits zum Voraus: Vielen herzlichen Dank für die Bezahlung des Abo-Beitrages.

Der Mindestbeitrag für die Kostendeckung beträgt CHF 15.00 pro Jahr, der Unterstützungsbeitrag CHF 30.00 pro Jahr. Bitte den beigelegten Einzahlungsschein benutzen oder per e-banking einzahlen.

Impressum

Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

Nr. 4/2021

www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284w 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Nora Kaiser
(Redaktionsleitung),
Stefan Grass,
Silvia Modalek,
Andri Perl
Versand: Peter Montigel,
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro
Druck AG, Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 1/2022
Voraussichtlich 07.01.2022